



LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
187 · Ausgabe AG · März 2020
AZB 3001 Bern



Unser Sitz in der Aargauer Regierung

Seit er am 1. April 2009 sein Amt als Regierungsrat angetreten hat, und schon zuvor als Rechtsanwalt, Einwohner- und Stadtrat, Gross- und Nationalrat, war und ist Urs Hofmann unbestritten und weit über die SP hinaus hoch geschätzt und schweizweit bekannt als ein souveräner, Volk und Recht verpflichteter Magistrat. Nach drei Amtszeiten will Urs Hofmann im Herbst nicht mehr für die Regierung antreten. Leider. Aber verständlich. Das Amt zehrt. Dieses Editorial soll keine Würdigung vor der Zeit sein. Jedoch ist es an der Zeit, dass wir uns als Partei überlegen, mit welchen Herausforderungen der Aargau in den nächsten Jahren konfrontiert ist, welche Antworten wir dazu haben und wie beziehungsweise mit wem wir unseren Regierungssitz im Oktober verteidigen können.

Eine grosse Lücke in der Regierung wird zu füllen sein. Dies schaffen wir nur, wenn wir pragmatisch und immer mit Blick auf die Bedürfnisse der Aargauer Bevölkerung vorgehen. Unsere Werte sind und waren stets: Politik für alle, nicht für wenige, Gleichstellung und Diversität. Wo bei Diversität gerne breiter gedacht werden soll als bloss im Schema Frauen/Männer. Wir können den Sitz halten. Denn wir haben intelligente und überzeugende Ideen zu den aktuellen und kommenden Herausforderungen. Gesucht ist nun ein kluger und breit akzeptierter Kopf, der diese auch in Zukunft mit Nachdruck in der Aargauer

Regierung vertreten kann!
In bocca al lupo!

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.



Wir starten in die Wahlen 2020!

Gabriela Suter von Aarau ist Präsidentin der SP Aargau und SP-Nationalrätin.



Die Ziele, die Präsidienkonferenz und Geschäftsleitung (GL) für die kantonalen Wahlen vom kommenden Oktober gesteckt haben, sind ambitioniert, aber nicht unrealistisch: den Wähler*innenanteil auf 20 Prozent steigern, die 27 Sitze im Grossen Rat mindestens halten und unseren Regierungsratssitz verteidigen. Es gilt, die guten Ergebnisse von 2016 zu wiederholen. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren.

Thematische Basis: Das Legislaturprogramm 2021 – 24

An der Fachausschusstagung vom 18. Januar 2020 erarbeiteten über 80 Mitglieder die zentralen Themen, in denen die SP in den nächsten vier Jahren aktiv sein soll, und legten damit den Grundstein für das Legislaturprogramm. Die Fachausschüsse

konkretisierten anschliessend die Forderungen. Herzlichen Dank an alle, die mitgewirkt haben!

Das Papier, in dem die Geschäftsleitung die Ergebnisse zusammenführte, ist noch bis zum 25. März in der Vernehmlassung. Antragsberechtigt sind Sektionen, Bezirksparteien, Fachausschüsse, Fraktion, GL, die SP Frauen* und die Juso. Am Parteitag vom 25. April soll das Legislaturprogramm verabschiedet werden.

Personelle Besetzung: vielfältige Grossratslisten

Auch in den Bezirken sind die Vorbereitungen angelaufen: Die Bezirksparteien geben ihr Bestes, um möglichst vielfältige Listen zusammenzustellen. Ziel ist es, überall mit vollen Listen anzutreten. Bis Ende März werden die Kandidierenden durch ihre Bezirksparteien nominiert. Danach kann der Wahlkampf so richtig losgehen!

Das Handwerkliche: Basiskampagne im Zentrum

Wie in den letzten Jahren steht die Basiskampagne (Telefonaktionen usw.) im Zentrum der Wahlaktivitäten. Gegenüber 2016 wird

sie um das Element der Tür-zu-Tür-Kampagne ergänzt. Im August werden die Kandidierenden und Mitglieder in ihren Bezirken Hausbesuche machen und die Bevölkerung zu ihren Anliegen befragen. Die Umfrageergebnisse können für die kommunalen Wahlen im nächsten Jahr verwendet werden.

Vorgehen Regierungsratswahlen

Die Geschäftsleitung hat eine Findungskommission unter Leitung von Regierungsrätin Jacqueline Fehr eingesetzt, um Interessierte an der Nachfolge unseres Regierungsrats Urs Hofmann auf Herz und Nieren zu prüfen. Bis zum Redaktionsschluss von links.ag sind zwei Kandidaturen bekannt: Die Aarauer Stadträtin und ehemalige Grossrätin Franziska Graf-Bruppacher sowie der Aarauer Grossrat und ehemalige Partei- und Grossratspräsident Marco Hardmeier haben öffentlich bekannt gegeben, dass sie sich für eine Kandidatur zur Verfügung stellen. Die Delegierten werden am Parteitag vom 25. April entscheiden, wer für die SP antreten wird.

KOMMENTAR



Was ist gewonnen, wenn wir die Schulpflege abschaffen?

Mit einer Abschaffung der Schulpflege gewinnen wir nichts. Wir generieren höchstens Mehrkosten ohne Mehrwert und tragen zu einem Demokratieabbau bei. Dies kann meiner Meinung nach nicht im Sinne der SP sein. Eine von der Bevölkerung gewählte Behörde, welche sich ausschliesslich um die Belange der Schule kümmert, wird abgeschafft; damit verliert die Schule ihre Lobby. Die Schulpflege vertritt die Schulanliegen beim Gemeinderat und hält der Schulleitung so auf der politischen Ebene den Rücken frei. Heute ist die Führungsverantwortung verteilt, Entscheide dadurch breiter abgestützt. Mit Annahme der Vorlage könnten weitgehende Entscheidungsbefugnisse an eine Person innerhalb des Gemeinderates oder der Schulleitung delegiert werden, ohne Rekursmöglichkeit beim Gesamtgemeinderat. Dies ergibt eine besorgniserregende Machtkonzentration.

Ich sehe keinen Mehrwert in der Vorlage. Es ist zielführender, wenn die bestehende Schulpflege weiter entwickelt wird. Eine klare, gesetzlich geregelte Kompetenzordnung zwischen Schulleitungen und Schulpflegern, ein Antragsrecht an Gemeinde- oder Einwohnerratsversammlungen sowie Globalbudgets für die Volksschule hätten schon längst umgesetzt werden können und wären der bessere Ansatz für eine Optimierung.

Diese Vorlage ist nicht fertig gedacht, und es wird nichts gewonnen damit. Deshalb 2x NEIN am 17. Mai 2020!

Weitere Infos: www.nein-zur-abschaffung-der-schulpflege.ch

Colette Basler von Zeihen ist Lehrerin, Präsidentin der Schulpflege Zeihen, Vizepräsidentin des VASP (Verband der Schulpflegepräsidentinnen und Schulpflegepräsidenten) und SP-Grossrätin.

ABSTIMMUNG BEGRENZUNGSINITIATIVE

Nur ein Nein schützt uns



Cédric Wermuth
von Zofingen ist
SP-Nationalrat.

Vor gut 20 Jahren fiel das so genannte Saisonierstatut. Es regelte bis dahin die Kurzaufenthaltsbewilligungen für Arbeiterinnen und Arbeiter aus der EU (für alle andere bis 1991). Der ehemalige Präsident des Gewerkschaftsbundes Paul Rechsteiner bezeichnete den Ersatz des Saisonierstatuts mit den Regeln über die Personenfreizügigkeit einmal als «kopernikanische Wende» in der Schweizer Migrations- und Arbeitsmarktpolitik.

Die Saisoniers durften während ihres Aufenthalts ihre Stelle nicht wechseln und ihren Wohnsitz nicht in einen anderen Kanton verlegen. Ausserdem war der Familiennachzug untersagt. Weil die Aufenthaltsdauer beschränkt war, waren viele ihren Arbeitgebern und kurzfristigen Stellenverlusten praktisch schutzlos ausgeliefert.

Das änderte sich mit der Personenfreizügigkeit: Aus nahezu rechtslosen Arbeitskräften wurden den Schweizerinnen und Schweizern in Sachen Arbeiterrechte praktisch gleichgestellte Menschen. Und die Gewerkschaften konnten im Gegenzug zur Öffnung der Arbeitsmärkte die so genannten «flankierenden Massnahmen» durchsetzen – ein ganzes Bündel von Kontrollen und Erleichterungen bei der Durchsetzung von kollektiven Regeln (zum Beispiel Gesamtarbeitsverträge), um Lohn- und Sozialdumping wirksam zu bekämpfen. Das Kernprinzip ist simpel: Egal, woher die Unternehmen oder ihre Arbeiter*innen kommen, es gelten Schweizer Löhne für Arbeit in der Schweiz.

Tatsächlich zeigen die ersten 20 Jahre klar: Das System ist erfolgreich. Die Schweiz hat den wohl härtesten Lohnschutz in ganz Europa, die Abdeckung mit Gesamtarbeitsverträgen ist in den Jahren nach 2002 sprunghaft angestiegen. Jedes Jahr werden gegen 40 000 Unternehmen kontrolliert, in 5000 Fällen müssen jeweils Löhne nachbezahlt werden. Genau darum geht es im Kern bei der Kündigungsinitiative der SVP: Die Bosse und Banker an der Spitze der Oligarchenpartei stören sich primär daran, dass sie die Menschen aus dem EU-Ausland nicht mehr so schamlos ausbeuten können wie früher. Das führt dazu, dass auch Schweizerinnen und Schweizer – und damit der gesamte Arbeitsmarkt – besser vor Lohndumping geschützt sind. So geht zum Beispiel die Schwarzarbeit seit Einführung der Personenfreizügigkeit deutlich zurück.

Mit dem ernsthaften Wunsch, dass weniger Menschen in die Schweiz einwandern würden, hat die SVP-Kündigungsinitiative übrigens herzlich wenig zu tun. Tatsächlich waren die Wanderungssaldi (Anzahl Einwanderungen pro Einwohner) in vielen Jahren mit den alten Kontingenten sogar höher als heute. Der SVP sind neben dem Lohnschutz seit Jahren die Beziehungen zu Europa ein Dorn im Auge. Wer damit spielt, spielt aber mit dem Feuer. Für Forschung, Bildung und viele Branchen in der Schweiz ist der Zugang zum europäischen Markt entscheidend. Gerade in Grenzregionen mit starker Exportindustrie wie dem Aargau ist die EU der zentrale Handelspartner. Ein Ja am 17. Mai hätte verheerende Folgen für die Arbeitsplätze in der Schweiz.

Mehr zur Kampagne der Gewerkschaften: <https://www.jobs-und-loehne.ch/>

Mit dem ernsthaften Wunsch, dass weniger Menschen in die Schweiz einwandern würden, hat die SVP-Kündigungsinitiative herzlich wenig zu tun.



SCHWEIZER IN KONZENTRATIONSLAGERN DER NAZIS

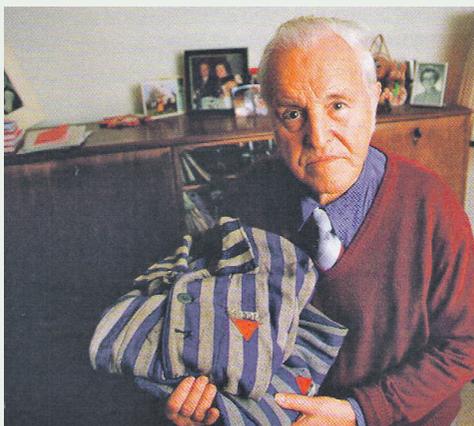
Von der Schweiz verlassen

VON DER SCHWEIZ IM STICH GELASSENE SCHWEIZERINNEN UND SCHWEIZER – LINKE, JÜDINNEN UND JUDEN, ZEUGEN JEHOVAS, HOMOSEXUELLE, WIDERSTANDSKÄMPFER*INNEN –, DIE IN DEN KONZENTRATIONSLAGERN DER NATIONALSOZIALISTEN VERSCHWANDEN, WURDEN BISHER VON DER GESCHICHTSSCHREIBUNG NICHT BEACHTET. DREI AUTOREN GEDENKEN NUN IN WORT UND BILD DER VERGESSENEN OPFER UND LEISTEN DAMIT EINEN WICHTIGEN BEITRAG ZUR SCHWEIZER GESCHICHTE DER NAZIZEIT UND GEGEN DAS VERGESSEN. EIN ÄUSSERST LESENSWERTES BUCH.

Sie waren auch Opfer der Schweizer Appeasement-Politik, deren höchstes Ziel das gute Einverständnis mit den Achsenmächten war. Denn, so die Autoren des Buchs, «Letzten Endes (...) akzeptierte die Schweizer Regierung die Diskriminierung ihrer jüdischen Staatsbürger in Frankreich und den anderen besetzten Gebieten praktisch widerstandslos.» In elf Porträts und einer kommentierten Auflistung von 391 Schweizerinnen und Schweizern in Konzentrationslagern, in einem analytischen und einem statistischen Teil wird diese Geschichte vorgestellt –, eine Geschichte, der die Bergier-Kommission, so die Autoren, mangels Ressourcen nicht mehr nachgegangen ist. Zwei Beispiele:

Schweizerin durch Heirat, von Frankreich nach Auschwitz verschleppt und ermordet

Die Jüdin Marcelle Foks heiratet 1940 in Royan nahe Bordeaux den aus dem Tessin stammenden Schweizer Jean Giudici und wird so Schweizerin. Die Tanzlehrerin Giudici-Foks muss ihre Tanzschule in der von den Deutschen besetzten Gegend schliessen. Ihr Gatte beschwert sich beim Schweizer Konsulat in Paris, aber dieses unternimmt nichts. Die Deutschen drohen mit Deportation der Juden. Gegen Ende Januar 1943 verlässt ein Schweizer Rettungskonvoi Royan in Richtung Schweiz, aber die soeben Mutter gewordene



Albert Mülli (79) mit seinen Häftlingskleidern im Jahr 1995.

Marcelle Giudici ist nicht dabei. Ins Landesinnere vertrieben, wird sie am 31. Januar 1944 verhaftet und über Paris nach Auschwitz deportiert. Sie ist nicht unter den 42 Überlebenden des 1500 Menschen umfassenden Transports.

Ein Zürcher Sozialdemokrat in Dachau

Im November 1938 fährt der 22jährige arbeitslose Sanitär- und Heizungsmonteur, SP-Mitglied und Gewerkschafter Albert Mülli nach Wien, wo er einem Genossen einen Koffer übergeben soll. Österreich ist seit März 1938 deutsch. Als Albert Mülli die Werkstatt des Wiener Genossen betritt, wird er von der Gestapo verhaftet. Im Koffer Müllis werden kommunistische Flugschriften gefunden. Das Schweizer Generalkonsulat in Wien erkundigt sich immer wieder nach Albert Mülli, während die Berner Behörden mehr Interesse an den Flugblättern und Müllis «Hintermännern» zeigen und mit der Wiener Gestapo «bestens», so die Autoren, zusammenarbeiten. Die Berichte über ihn werden in eine Staatsschutzakte gegeben, Mülli wird, wieder in der Schweiz, noch lange vom Staatsschutz observiert. Nach seinem Prozess in Wien und der Verbüßung der Strafe kommt er in «Schutzhaft» und wird ins KZ Dachau überstellt. Als Sanitär- und Heizungsfachmann wird er von den Nazis vielfach gebraucht, was ihm wohl das Leben gerettet hat. Im April 1945 wird Mülli von US-Truppen befreit. Nach seiner Rückkehr in die Schweiz fordern ihn die Behörden auf, für die letzten sechs Jahre Militärsteuer nachzuzahlen. Die Arbeitsuche ist für den früheren Häftling schwierig. Bei einer jüdischen Firma in Zürich findet er dann eine Stelle. 1989 umfasst seine Fiche 89 Seiten. Albert Mülli wurde SP-Kantonsrat. Er legte bis ins Alter Zeugnis von seinen Haftjahren ab. Im Alter dement, quälten ihn die Erinnerungen an Dachau.

Katharina Kerr ist Redaktorin von links.ag.

Balz Spörri, René Staubli, Benno Tuchschild:
Die Schweizer KZ-Häftlinge. Vergessene Opfer des Dritten Reichs. Zürich 2019. 400 Seiten. Fr. 48.–

KOMMENTAR



Ja zu zeitgemässen Führungsstrukturen

Die Neuorganisation der Führungsstrukturen ist weder eine Abbauvorlage noch eine Sparübung, sondern ein längst überfälliger Schritt zur Vereinfachung unseres schwerfällig gewordenen Führungssystems und somit eine klare Verbesserung für die Schule insgesamt. Die professionellen Schulleitungen führen nämlich schon seit 14 Jahren, zusammen mit den Schulverwaltungen, faktisch den ganzen operativen Bereich der Schule. Der Schulpflege verbleiben noch strategische Aufgaben, die genauso gut vom demokratisch gewählten Gemeinderat übernommen werden können. Für die Schulleitungen wird der Aufwand reduziert, da sie nur noch mit einer Behörde zusammenarbeiten. So entfallen heutige Doppelspurigkeit und Kompetenzstreitigkeiten, die immer wieder viel Zeit und Energie kosten. Je nach Gemeinde kann der Gemeinderat per Reglement verschiedene Entscheide wie Urlaubs- und Dispenstionsentscheide, die Organisation freier Schulhalbtage, Disziplinarentscheide, organisatorische Zuteilungen oder Laufbahnentscheide an die Schulleitung delegieren. Dies ermöglicht sinnvolle Lösungen, die auf die Bedürfnisse der Schule vor Ort abgestimmt sind. Zusätzlich kann der Gemeinderat eine Schulkommission mit beratender Funktion wählen. Der Grosse Rat hat der Verfassungsänderung mit 105:25 und der Schulgesetzänderung mit 107:24 Stimmen, die SP Fraktion mit 20:6 Stimmen, zugestimmt. Als einer, der seit 36 Jahren an der Volksschule unterrichtet und sich immer für sie stark macht, empfehle ich aus Überzeugung 2 x Ja zu zeitgemässen Führungsstrukturen.

www.zeitgemaesse-schulfuehrung-ja.ch

Thomas Leitch von Wohlen ist Oberstufenlehrer und SP-Grossrat.

Die Gemeinden haben Spielräume

Per 1. Januar 2018 hat der Kanton Aargau das Taggeld von Geflüchteten um 10 Prozent von zehn Franken auf neun Franken, bei den Kindern und Jugendlichen von neun Franken auf acht Franken gesenkt. Auch Geflüchtete müssten einen Teil an die gesunden Finanzen beitragen hiess es. Bereits in den Nullerjahren wurde das Taggeld in einer Sparrunde von elf auf zehn Franken gekürzt.

Der Verein Netzwerk Asyl Aargau hat im Januar 2018 alle Gemeinden angeschrieben und sie gebeten, ihren Spielraum auszunutzen und zum Beispiel die Fahrkosten zum Deutschkurs von Freiwilligenorganisationen oder zu Vereinsaktivitäten zu übernehmen. Mit dem Geld, das die Gemeinden für Geflüchtete erhalten, liegt solches und mehr drin. So können Gemeinden Beiträge an eine Spielgruppe übernehmen, das Halbtax oder einen Vereinsbeitrag finanzieren. Einige tun dies, längst aber nicht alle. Zufall, Glück oder Pech.

Die meisten Geflüchteten werden in der Schweiz bleiben. Der Integration kommt somit eine grosse Bedeutung zu. Und diese beginnt in der Gemeinde. Eine gute Begleitung von Geflüchteten erspart zukünftige Kosten. Dazu gehört die Begegnung auf Augenhöhe



Patrizia Bertschi von Ennetbaden war SP-Gemeinde- und Grossrätin. Sie ist Präsidentin des Vereins Netzwerk Asyl Aargau.

mit Respekt. Dazu gehört, dass sie nicht bevormundet werden und nicht über ihre Köpfe entschieden wird, dass sie Zugang zu Integrationsmassnahmen erhalten, dass der Lohn von Arbeitstätigen auf ihr Konto geht und nicht auf das der Gemeinde. Das Wohnen ist ebenfalls ein wichtiger Faktor, ob es jemandem gut geht. Wie bei den Massnahmen und bei der Betreuung herrscht der Zufall. Ob Zivilschutzanlage, schlecht isolierte Baracke, Abbruchliegenschaft, Zweierzimmer oder Wohnung, es gibt keine Standards. Eigentlich ist es klar: Lernende, Schüler*innen und Arbeitstätige brauchen eine Wohnsituation, die ein Lernen und genügend Schlaf zulässt.

Für diese Basics sind Kanton und Gemeinden zuständig. Freiwilligenorganisationen

und die Zivilgesellschaft sind bereit, einen weiteren wichtigen Beitrag zur Integration zu leisten, indem sie Begegnungen und gemeinsame Aktivitäten ermöglichen, damit Geflüchtete ankommen und die nächsten Schritte in ihrem Leben angehen können.

Übrigens – es ist höchste Zeit, die Sparmassnahmen rückgängig zu machen.

ASYLSOZIALHILFE PRO TAG

Erwachsene	Fr. 8.– Lebensunterhalt Fr. 1.– Taschengeld
5–15 Jahre	Fr. 7.– Lebensunterhalt Fr. 1.– Taschengeld
0–5 Jahre Kleidergeld	Fr. 5.– Lebensunterhalt Fr. 20.– pro Monat

Gemeinden

Fr. 7.50 pro Person und Tag für den weiteren Lebensunterhalt. Hier bestimmen die Gemeinden, was die Geflüchteten erhalten. Fr. 9.– pro Person und Tag für die Unterbringung. Fr. 5.– pro Person und Tag für die Betreuung.

ABSTIMMUNGEN VOM 17. MAI 2020 – PAROLEN DER SP AARGAU

Eidgenössische Abstimmungen:

- Volksinitiative vom 31. August 2018 «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»: **NEIN**
- Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG): **NEIN**
- Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten): **NEIN**

Kanton:

- Verfassung des Kantons Aargau (Neuorganisation der Führungsstrukturen der Aargauer Volksschule); Änderung vom 10. Dezember 2019: **JA**
- Schulgesetz (Neuorganisation der Führungsstrukturen der Aargauer Volksschule); Änderung vom 10. Dezember 2019: **JA**

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch

www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr

Auflage links.ag: 3255

Redaktion: Katharina Kerr,
katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 2. März 2020

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 13. April 2020

Erscheinen nächste Ausgabe: 29. April 2020

(evtl. wird die Nummer 188 verschoben)

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:

Colette Basler, Patrizia Bertschi, Katharina Kerr,
Thomas Leitch, Gabriela Suter, Cédric Wermuth.

AGENDA

28. März 2020, 9–13 Uhr, UMA Schule,
Tellstrasse 116, Aarau

**Kommunalpolitische Tagung:
Geflüchtete Menschen in der
Gemeinde.**

Anmeldungen bis 24. März bitte über
<https://sp-aargau.ch/partei/kommunalpolitische-tagungen>. Siehe den Text von Patrizia Bertschi auf dieser Seite.

4./5. April 2020, Parteitag der
SP Schweiz, Congress Center Basel,
Messeplatz 21

**Unter anderem wird das neue Präsidium
der SP Schweiz gewählt.**

Der Parteitag wird verschoben!

23. April, 18.30–21.30 Uhr, Restaurant
Schneggen, Reinach/AG, mit Verpflegung.
Diskussionsabend: Die Verfassung be-

**stimmt die Verfassung der Demokratie.
Was können wir aus unseren Verfas-
sungs-Geschichten für die Zukunft der
Demokratie lernen?**

Leitung: Andreas Gross

25. April 2020, 10–17 Uhr, Aula Pesta-
lozzschulhaus, Bahnhofstrasse, Aarau,
**ao. Parteitag der SP Aargau: Unter
Berücksichtigung der Situation um
das Corona-Virus wird der Parteitag
verschoben und findet später oder in
anderer Form statt. Die Delegierten
werden direkt informiert.**

16. Mai 2020, 9–13 Uhr, Grossrats-
gebäude Aarau
**Bildungsveranstaltung und Foto-
shooting für die Kandidierenden für
den Grossen Rat.**